



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

## Kärntner Bürger klagen die EU wegen Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen

**In der EU wurden schon seit längerem die Weichen für die Gentechnik in der Landwirtschaft gestellt. Damit sind unsere Lebensmittel und unsere Gesundheit mit unabschätzbaren Langzeitfolgen nachhaltig gefährdet.**

Am 19. Mai 2004 hob die EU-Kommission das bis zu diesem Zeitpunkt geltende Importverbot für genmanipulierten Zuckermais auf. Der schädlingsresistente BtII-Mais der schweizerisch-britischen Firma Syngenta darf künftig in der EU verkauft, jedoch nicht angebaut werden. Aber auch das scheint nur eine Frage der Zeit zu sein: Von 33 weiteren Anträgen betreffen einige auch den Anbau von genmanipuliertem Mais, Raps und Soja.

Österreichs Bürger haben sich bereits 1997 eindrucksvoll gegen die Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmitteln ausgesprochen: über 1,2 Millionen unterzeichneten das Gentechnik-Volksbegehren. Nun sind drastischere Mittel notwendig, um diesen Frevel an der Schöpfung einzudämmen. Drei mutige Kärntner Bürger haben einen Anwalt mit einer **KLAGE** gegen das Europäische Parlament und den „Rat der Europäischen Gemeinschaft“ beauftragt, die am 12. Mai 2004 beim Europäischen Gericht 1. Instanz in Luxemburg ordnungsgemäß und fristgerecht eingereicht wurde.

Die Kläger verlangen in der 36 Seiten umfassenden „**Nichtigkeitsklage** gem. Art. 230 EGV“ konkret die „Nichtigerklärung der Richtlinien 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.3.2001 über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt und die Aufhebung der Richtlinie 90/220/EWG des Rates.

Bei einer **öffentlichen Diskussionsveranstaltung am 5. August** in Feldkirchen in Kärnten (siehe Rückseite) können alle Besucher sich darüber und über die gesamte, verheerende Tragweite der Gentechnik aus erster Hand informieren. Weiter entfernte Interessierte können die Klagschrift gerne bei uns anfordern; wir

senden sie gegen Spesenersatz per Post zu; Vermerk „Bestellung Gen-Klage“ am Erlagschein genügt.

Bezeichnenderweise ist diese Klage, die von enormer grundsätzlicher Bedeutung ist und weitreichende Folgen haben kann, außerhalb Kärntens von den meisten Medien kaum bis gar nicht berichtet worden. Obwohl es dabei ganz buchstäblich um die Erhaltung des LEBENS bei Pflanzen, Tieren und Menschen geht, wie Gott (und nicht irgendein Konzernboss) es zum Segen aller geschaffen hat.

**Es kann nicht gut gehen, wenn das GESCHÖPF sich über den SCHÖPFER erhebt.**

Die Kläger arbeiten in der Anti-Gentechnik-Plattform „**PRO LEBEN**“, einer Notwehrgemeinschaft gentechnik-geschädigter Bürger, zusammen, und suchen weitere Verbündete, die ihren Kampf **für uns alle** aktiv unterstützen. Einer der drei Kläger, Dipl. Ing. **Volker HELLDORFF**, Besitzer eines großen, biologisch bewirtschafteten Landwirtschafts- und Forstgutes in Unterkärnten, sandte vor kurzem einen „Offenen Brief“ an zahlreiche Entscheidungsträger in Österreich, den wir nachstehend ungekürzt abdrucken.

- **Ergebnis der EU-Wahl vom 13. Juni: EU-Gegner sind die Mehrheit, nicht die Minderheit**

Seite 4

- **Kronen-Zeitung“ verweigert Bürger-Inserat**

Seite 5

- **Die EU ist kein Friedensprojekt!**

Seite 7

- **Hiroshima-Gedenk-Kundgebung am 6. August in Wien**

Seite 7

# Gensaaten sind unrentabel

Die USA hat Europa geklagt und die WTO hat Europa verurteilt, die Gensaaten in Europa zuzulassen. Europa soll verseucht werden, damit amerikanische Firmen Monsanto, Syngenta etc. Gensaatgut verkaufen können. Die USA droht mit wirtschaftlichen Sanktionen. Die Kommissare haben den Widerstand aufgegeben. Dies ist zwar legal, aber nicht legitim, denn wir alle haben dadurch einen Milliardenschaden. Jetzt sind wir aufgefordert, dieses Unrecht zu bekämpfen.

Auch wenn nur wenige Bauern Genpflanzen säen, es werden sich die Genpflanzen **über die Pollen und Auskreuzungen** über die Artgrenzen hinaus in ganz Europa von selbst und sehr rasch ausbreiten. Und niemand kann die Genpflanzen zurückrufen. Sie werden uns noch Jahrzehnte bedrohen und Schaden zufügen, falls wir uns nicht jetzt dagegen wehren. Beim Genmais erzeugt die Maispflanze selbst das Gift, welches Insekten tötet. Zusammen mit dem Gen des Rundup hat dies verheerende Folgen. Im Genfutter wurden bis zu 8 ng/kg BT Gift nachgewiesen, in der Milch Rundupkonstrukte. Rinder reagierten **nach zwei Jahren Genfutter mit Miß-**

**bildungen und Tod**, Mäuse mit Krebs und die Bienen in den USA starben durch die Pollen der Genkartoffeln. Beim Genmais wird der Boden systematisch mit drei Giften zerstört. Mit Rundup, ein Totalherbizid, mit einem Antibiotikum und mit einem BT Toxin, dem Gift des Bazillus Thuringensis.

Machen wir **eine Rentabilitätsrechnung**: Der Schaden durch Gensaaten entsteht bei der ersten Genernte. Getrennte Lagerung, die Kennzeichnung, die ständigen Kontrollen, Entschädigungen wegen Verseuchung der Nichtgen- u. Biolandwirte, teure Messungen, Importe von genfreien Lebensmitteln etc. werden jedes Jahr Milliarden kosten. Der Verlust des Wettbewerbsvorteiles „Genfreie Ware aus Österreich“ kostet Milliarden. Genfreie Waren erzielen heute schon 20 bis 50 % Mehrpreis. Klar, weil sie nicht krank machen. Der Schaden für die kranken Tiere und in weiterer Folge für die kranken Menschen kostet wieder Milliarden und ist mit Geld nicht mehr abzugelten. Wenn wir uns also der USA verweigern, dann werden sie uns bestrafen, wie angedroht.

**Aber welche Strafe auch immer sie sich für uns aus-**

**denken, so groß kann sie gar nicht sein, als was uns die Einführung der Gentechnik an Schaden zufügt. Ich fordere die Bevölkerungen zu aggressivem Protest auf, ich fordere die Landesregierungen und die Bundesregierung auf, die EU zu klagen, wie wir es tun.**

Wenn Tiere durch Genfutter krank werden, wie inzwischen nachweisbar, muß die EU Genfutter verbieten, **muß sie den Anbau von Genpflanzen einstellen. Aber sie macht es sich leicht, sie beharrt auf ihren falschen Annahmen und nimmt den genetischen Supergau - vergiftete Rinder und mißgebildete Kälber - einfach nicht zur Kenntnis.**

Es verstößt gegen die Menschenrechte. Es darf einfach nicht zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen kommen, zur Vernichtung unserer alten nachwachsenden Saatgutsorten. Es ist nicht legitim, daß unser Tierfutter mit BT-Gift angereichert werden darf und die **solchermaßen vergifteten Tiere ohne Kennzeichnung auf unsere Tische gelangen.**

**Dipl. Ing. Volker Helldorff,  
A - 9111 Haimburg,  
E-Mail: volker@helldorff.biz**

**Plattform Pro Leben,  
Notwehrgemeinschaft gentechnikgeschädigter Bürger**

**Spendenkonto:  
Nr. 143 800, Blz 20706  
Kärntner Sparkasse**

**PRO LEBEN**  
Anti-GEN-Technik Plattform



# Tote Kühe durch Genmais?

Unter diesem Titel berichtete **Klaus FAIBNER**, freier Journalist aus Wien, in der Fernsehsendung „Faszination Wissen“ im BR3 über **Gottfried Glöckner**, einen der ersten „Genbauern“ Deutschlands. Der Diplomlandwirt pflanzte selbst Genmais an, um ihn seinen Kühen zu verfüttern. Doch plötzlich erkrankten und starben einige davon. Nach einer Reihe von Untersuchungen ist sich Glöckner sicher, daß die Tiere vom Genmais vergiftet wurden.

Der Konzern Syngenta führte Untersuchungen durch und teilte Glöckner mit, daß kein Bt-Toxin im Mais gefunden worden sei. Das war dem Landwirt zu wenig und er ließ den Mais selbst an einer staatlichen Untersuchungsanstalt testen. Das Ergebnis

sei eindeutig gewesen, erzählt er: „Nach eineinhalb Jahren Lagerung wurden pro Kilogramm Frischmais 8,3 Milligramm Toxin (=Gift) nachgewiesen.“ Nach dem Körnermais entschloß sich Glöckner im Februar 2002 auch den Silomais abzusetzen, woraufhin „es den Kühen besser ging“. Andere Tests hatten gezeigt, daß durch das Bt-Toxin Verklebungen im Eutergewebe, Nierenbeckenentzündungen, Leberschäden und irreparable Schäden im Stoffwechsel der Tiere entstanden seien. Gestorben seien die Tiere an einer CO<sub>2</sub>-Vergiftung. Neben den fünf unmittelbar gestorbenen Tieren mußte Glöckner in den Folgejahren einige weitere Tiere, die nicht lebensfähig waren, schmerzfrei einschläfern.

„Mit diesen Auswirkungen hatte ich

nicht im Traum gerechnet“, faßt Glöckner zusammen und stellt klare Forderungen an die Öffentlichkeit, obwohl er dadurch gerade „harte Zeiten“ durchlebt...

Trotzdem hält er, inzwischen Mitglied der Anti-Genplattform PRO LEBEN, an seiner Hauptforderung fest: „Die Gentechnik ist nicht sicher, mein Beitritt ist ein klarer Beleg dafür. Solange Risiken da sind und so lasch damit umgegangen wird, hat Gentechnik in unserer Landwirtschaft nichts verloren!“

Die konkrete Zielsetzung und Argumentation der für ganz EU-Europa richtungsweisenden Klage kann aus deren Zusammenfassung abgelesen werden, die wir hier zu Ihrer Information abdrucken (siehe Kasten).

**1.** Die Kläger stellen dar, daß sie durch die angefochtene Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.03.2001 über die absichtliche **Freisetzung genetisch veränderter Organismen** (GVO) in die Umwelt und zur Aufhebung der Richtlinie 90/220/EWG des Rates und damit auch der dort verankerten Ziele vom Europäischen Parlament und vom Rat unmittelbar – vor allem weil diesbezüglich im weiteren Verfahren die Mitgliedstaaten keinerlei Ermessen haben – zu Adressaten gemeinschaftlicher Normen gemacht wurden. Dies führt zu einer grundrechtswidrigen (Teil-) **Enteignung** der Kläger, ohne daß die Richtlinie dafür eine Entschädigungsvorsorge vorsehen würde.

**2.** Damit wird schematisch, ohne jede Güterabwägung, ausnahmslos und ohne entsprechende Entschädigungsvorsorge – also auf kraß **grundrechtswidrige Weise** – das nach der gemeinschaftlichen Verfassungstradition zu schützende Grundeigentum der Kläger sowie die Wahlfreiheit der Kläger als

Konsumenten eingeschränkt, worin eine Vertragsverletzung im Sinne des Art. 230 Abs. 2 EGV liegt, die die Nichtigkeitserklärung der angefochtenen Richtlinie erfordert. Gleichzeitig widerspricht die Richtlinie anderen Richtlinien und Verordnungen und normiert kein Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren, welches zur Risikoabschätzung tauglich ist.

**3.** Es wurden weder die erforderlichen Grundlagen zur Beurteilung der Auswirkungen sowie der Maßnahmen zum Schutz der biologischen und gentechnikfreien, konventionellen Landwirtschaft, noch die Zulassungskriterien zur Beurteilung der Auswirkungen der Koexistenz im Verhältnis von sortenreinen zu benachbarten transgenen Kulturen richtig erstellt, noch die substantielle Äquivalenz ausreichend einer Risikoabschätzung gegenübergestellt, sodaß aus diesem Grunde die **Nichtigerklärung der angefochtenen Richtlinie** beantragt wird.

*Ing. Mag. Dr. Felix JURAK, Rechtsanwaltskanzlei Dr. Hammerschlag und Dr. Eckhart, Klagenfurt.*

ZUSAMMENFASSUNG

## Große Demonstration in Graz

Am 7. Juli demonstrierten über 400 Bürger auf Einladung des „**Steirischen Aktionsbündnisses Pro Leben**“ in der Grazer Innenstadt gegen Gentechnik in der Landwirtschaft und in Lebensmitteln. Die Demonstranten sammelten sich vor dem Opernhaus und zogen gemeinsam zur großen Kundgebung auf dem Hauptplatz. Zahlreiche Organisationen und **ökologisch wirtschaftende Firmen** trugen die Demonstration mit und unterfertigten

gemeinsam folgende Erklärung:

Wegen der ethischen, sozialen, gesundheitlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Risiken der Gentechnik **fordern wir:**

- Kein Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in der Steiermark und ganz Österreich, denn: die behauptete Koexistenz von Genpflanzen und Naturpflanzen ist in der Praxis **unmöglich!**

- **Haftungsrecht** nach Verursacherprinzip, das alle Risiken, Schäden und Vermeidungskosten abdeckt, denn: Kosten dürfen nicht auf Geschädigte – Bauern und Konsumenten – abgewälzt werden!
- Kein aus Steuermitteln (!) gespeister Haftungsfonds, der Anwender und Industrie aus der Haftung entläßt!
- ein **Reinheitsgrad** für Saatgut: 0,1% statt der europaweit erlaubten 0,9% Verunreinigung durch gentechnisch veränderte Organismen!

# EU-GEGNER SIND DIE MEHRHEIT, NICHT DIE MINDERHEIT!

## Aktionen zum Boykott der EU-Wahl waren wichtig.

Das ist das Ergebnis der Wahlen zum sogenannten EU-Parlament, die fälschlich als „Europa-Wahlen“ hingestellt wurden. 10 Jahre nach der EU-Volksabstimmung in Österreich sind von damals **54,8% EU-Befürwortern** (gerechnet von der Zahl der Wahlberechtigten) nur mehr **42,4%** übrig geblieben!

Und dies trotz der jahrelangen Dauer-Propaganda für die EU durch Politiker, Fernsehen und (fast) alle Zeitungen mit großer Reichweite.

Auch in vielen anderen (noch) EU-Mitgliedstaaten war die **Wahlbeteiligung** bei der EU-Wahl ähnlich niedrig bis z.T. noch weit niedriger. In Polen betrug sie nur 20%, in der Slowakei

17%, in Tschechien 28,3%, in Schweden 37%. Aber auch in den Gründerstaaten der Vorläuferorganisationen der EU, Frankreich und Deutschland, wählten die EU nur mehr 42,8% bzw. 43%.

In absoluten Zahlen wird die ganze Tragweite dieses Wahlergebnisses noch deutlicher als in Prozentsätzen. In Österreich nahmen von über 6 Millionen Wahlberechtigten nur 2.566.639 Bürger an der EU-Wahl teil, während 3.548.519, also **fast eine Million mehr**, trotz aufwendiger Werbefeldzüge der Parteien und Medien, nur ja unbedingt wählen zu gehen, egal wen, dies **nicht** taten.

Denn dieser EU-weite Wahlkampf wurde vorwiegend um die Wahlbetei-

ligung geführt und diesem Manöver der demokratischen Schein-Legitimation haben die Bürger eine deutliche Absage erteilt.

Im Gegensatz zu allen anderen Massenzeitungen vertrat nur die Redaktion der „Ganzen Woche“ in zahlreichen Artikeln den Standpunkt der EU-Gegner. Vor der Wahl hieß es dort u.a.: **„Es gibt kein „europäisches Volk“** und es gibt schon von daher keine Demokratie (demos = Volk) in der Europäischen Union. Aus diesem Grund macht es keinen Sinn, Abgeordnete in ein Parlament zu wählen, das keine nennenswerte Funktion hat und von dem unserem Land überwiegend Nachteile zukommen.“ Und zum Wahlergebnis:

## Eine gewaltige Mehrheit wendet der EU den Rücken zu

Geben Sie sich keiner Täuschung hin, lassen Sie sich nicht von Bildern mit jubelnden Siegern und Gewinnern in Irrtum führen – jene Partei, die mit gewaltigem Abstand die Mehrheit in unserem Land bei dieser EU-Wahl auf sich vereinigen konnte, hat kein Steuergeld für die Werbung verbraucht, war nirgendwo zu sehen oder zu hören, hat keinen Chef, dafür aber eine verbindende Gesinnung: Es ist die Partei all jener, die ihren Wunsch nach einem Austritt aus der EU oder nach der Rückkehr zu einer Freihandelszone nur über die Wahlenthaltung zum Ausdruck bringen konnten. Denn diese Wahl war keine Wahl im eigentlichen Sinn, da sich alle Kandidaten (einschließlich Martin) zur EU, so wie sie sich derzeit darstellt, bekennen und es keine Opposition gab.

**Bei dieser Betrachtung stellen sich die Ergebnisse so dar, daß auf die Partei der Nichtwähler, also aller EU-Gegner, 58,2 Prozent entfallen sind, auf die Sozialisten 14,0 Prozent, auf die Konservativen 13,6 Prozent, auf die Liste Martin 5,9 Prozent, auf die Grünen 5,3 Prozent, auf die FPÖ 2,6 Prozent und auf die Kommunisten 0,4 Prozent.....**

Nein, die EU ist keine demokratische Einrichtung, sondern das Produkt einer Ideologie, des Eurotizismus, der leider immer **diktatur-ähnlichere Züge** annimmt, gestützt von einem Klüngel, der sich, wie einst die Bolschewisten, einbildet, es einfach besser zu wissen. Eine aufgezwungene Beglückung.

„Die Ganze Woche“ 16.6.2004 (Auszug)

## Wußten Sie, daß es 2,6% ungültige Stimmen gab?

In welcher Zeitung, in welcher Fernsehsendung wurde diese immerhin auch bemerkenswerte Zahl überhaupt berichtet? Selbst bei intensiver Suche danach in den Massenmedien in den Tagen nach der Wahl fand sich nirgends auch nur eine Erwähnung der Zahl der ungültigen Stimmen. Wie wir aus zahlreichen Aufrufen wissen, sind auch diese lt. amtlichem Wahlergebnis (veröffentlicht in der „Wiener Zeitung“ vom 24.6.) **66.029 Stimmen** vorwiegend als EU-Gegner einzustufen; viele davon strichen alle Parteien durch und schrieben „EU-Austritt“ auf den Stimmzettel, legten unseren Aufkleber „Österreich wird wieder frei werden – EU-Nein danke“ oder eine selbst formulierte Anti-EU-Botschaft statt des Stimmzettels ins Stimmkuvert usw.

Die ungültigen Stimmen erhöhen natürlich die Wahlbeteiligung; hätten diese 2,6% der abgegebenen Stimmen gar nicht „gewählt“, wäre die EU-Wahlbeteiligung sogar **unter 40%** der Gesamtbevölkerung ausgefallen.

Ohne die „Liste Martin“, mit der das Interesse für die EU-Wahlen insgesamt in Österreich erst so richtig angekurbelt wurde, wäre die Wahlbeteiligung kaum nennenswert über 30% gekommen.

Die 66.029 von den Medien völlig totgeschwiegenen ungültigen Stimmen – ohne jede Werbung und ohne irgendein Unterstützungskomitee – sind übrigens knapp mehr als **das Dreifache** der für Andreas Mölzer abgegebenen 21.980 Stimmen...

# Mit EU-Wahlboykott-Aktionen rund 800.000 Bürger erreicht!

Die einzige Organisation, die in größerem Ausmaß zum Wahlboykott aufrief, war die INITIATIVE HEIMAT & UMWELT mit ihrer Zeitschrift WEGWARTE, deren Vorwahlnummer an 19.000 Adressen in ganz Österreich verschickt wurde. Der hier (stark verkleinert) abgebildete Aufruf wurde 10 Tage vor dem Wahltermin in zwei auflagenstarken Tageszeitungen als **Inserat** gebracht, der „Kleinen Zeitung Steiermark“ und den „Oberösterreichischen Nachrichten“ mit einer Reichweite von zusammen rund achthunderttausend Lesern. Die Inserate wurden von über 300 WEGWARTE-Lesern aus freien Stücken und persönlicher Überzeugung mitfinanziert.

Zusätzlich wurden in mehreren Städten in vier Bundesländern **Flugblattaktionen** für den Boykott der EU-Wahl und die Notwendigkeit eines Austritts aus der EU durchgeführt.

## JA zum BOYKOTT der EU-Wahl!

 Jede Stimme bei dieser Wahl – egal für welche Kandidaten – bedeutet eine Zustimmung zum undemokratischen, zentralistischen Herrschaftssystem EU. Nur durch den **Austritt aus der EU** kann Österreich wieder ein freies und neutrales Land werden!

Ein von über 300 Österreichern privat finanzierter Aufruf.

### Infos:

Initiative Heimat & Umwelt, Tel. 02242/70516, boykott@telering.at

## „Kronen-Zeitung“ verweigert EU-Wahlboykott-Inserat!

Ursprünglich wollten wir obiges Bürger-Inserat, das ohne jedes Steuer-geld (wie bei den Parteien) bezahlt wird, in der „Kronen-Zeitung“ unterbringen. Die „Krone“ hat die bei weitem größte Auflage von allen Zeitungen in Österreich: auf den bundesweiten Seiten eine tägliche Leserzahl von rund 3 Millionen und ist damit neben dem Fernsehen **die** meinungsbestimmende **Macht in Österreich**. Sie gehört dem Medienkonzern WAZ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung) wie auch der „Kurier“ und erhält eine jährliche Presseförderung aus Steuergeldern von rund ÖS 3,5 Millionen (gemäß Auskunft der Komm-Austria, einer nachgeordneten Behörde des Bundeskanzleramtes).

Bei der schriftlichen Bestellung des Inserates bestätigten wir die Zahlungsbedingung der „Krone“, nämlich den Preis von **ÖS 88.000,-** (für obige Originalgröße) am Tag vor der für 2. Juni vor-

gesehenen Einschaltung der „Krone“ **bar** zu übergeben. Wenige Stunden später wurde uns mitgeteilt, daß das Inserat (obwohl lt. Auskunft der Sachbearbeiterin auf der von uns bestellten Seite ausreichend Platz dafür reserviert werden könnte), von der Chefredaktion **abgelehnt** wurde und daher nicht erscheinen könne. Auf unsere schriftliche Nachfrage, **warum?** wurde uns per E-Mail wörtlich mitgeteilt:

*Sehr geehrte Frau Rauscher,  
wie Ihnen bereits durch Frau Fuchs telefonisch mitgeteilt wurde, kann es sich unser Verlag (Kronen Zeitung und Kurier) lt. den gültigen Geschäftsbedingungen ohne Angabe von Gründen vorbehalten, von der Durchführung von Aufträgen zurückzutreten.  
Dies insbesondere dann, wenn Anzeigensujets inkriminierende oder*

*nicht zutreffende Aussagen oder Behauptungen beinhalten und damit nicht unserer Blattlinie entsprechen, womit aber wiederum unsere Chefredaktion deren Veröffentlichung keinesfalls zustimmen kann.*

„**Inkriminieren**“ heißt auf deutsch beschuldigen, unter Anklage stellen; das Wort „kriminell“ hat die gleiche Wurzel. Die „Kronen-Zeitung“ meint also, dass die Wahlentscheidung der großen Mehrheit der Österreicher – ebenso wie die der großen Mehrheit aller Bürger der EU-Mitgliedstaaten, nämlich der EU-(Parlaments-)Wahl bewußt fernzubleiben – ein anklagewürdiges, auf **unzutreffenden** Behauptungen beruhendes Verhalten sei, das man nicht öffentlich kundtun und begründen dürfe...

Das erinnert stark an die massive und **irreführende** Kampagne besonders auch der „Krone“ **für** den EU-Beitritt vor der Volksabstimmung von 1994: „DM und Schilling werden bleiben“ usw.

Für die „Krone“, die das Wort „unabhängig“ im Untertitel trägt, war die begründete Meinungsäußerung von 300 wirklich unabhängigen Bürgern zu „inkriminierend“, um sie zu veröffentlichen, obwohl die Bürger dafür sogar bereit waren, den horrenden Anzeigenpreis zu bezahlen. Sollte es nicht die Aufgabe einer „unabhängigen“, aus Steuergeldern finanzierten Massenzeitung sein, Bürgermeinungen in der **redaktionellen**, politischen Berichterstattung **ohne Kosten** für die Bürger Raum zu geben, anstatt diese wie beschrieben völlig zu unterdrücken?

# WIENER ZEITUNG

## HEUTE IM AMTSBLATT

Mittwoch, 30. Juni 2004

---

### Kundmachungen

#### BUNDESWAHLBEHÖRDE

Zl.: 42.545/14-III/6/04

#### Verlautbarung

gemäß § 78 Abs. 4 der Europawahlordnung – EuWO, BGBl. Nr. 117/1996 idF BGBl. I Nr. 132/2003, über das Ergebnis der Wahl der von Österreich zu entsendenden Abgeordneten

Wahlberechtigte:	6,049.129	
Abgegebene Stimmen:	2,566.639	= 42,4%
Ungültige Stimmen:	66.029	
Gültige Stimmen:	2,500.610	

In der „**Kleinen Zeitung Steiermark**“, mit einer Reichweite von 529.000 Lesern, wurde das Boykott-Inserat gemäß unserer Bestellung auf den vorderen „Politik“-Seiten korrekt und gut wahrnehmbar platziert. Eine Seite davor rief EU-Kommissionspräsident Prodi mit einer großformatigen, aus EU-Mitgliedsbeiträgen bezahlten Anzeige dazu auf, unbedingt wählen zu gehen. Unser Boykott-Inserat gleich auf der nächsten Seite war dazu ein gutes Gegengewicht...

In den „**Oberösterreichischen Nachrichten**“ wurde das Boykott-Inserat entgegen unserer Bestellung statt auf Seite 3 oder 5 auf Seite 11 „verbannt“, ausgerechnet und sicher „zufällig“ auf der dafür völlig unpassenden „Wirtschafts“-Seite. Noch dazu am bekannt schlechtesten Platz für alle Inserate, auf einer linken Seite ganz links unten. So wurde „sichergestellt“, daß von den 375.000 täglichen Lesern der OÖN zumindest ein Teil den Boykott-Aufruf nicht wahrgenommen hat... Ähnliches erlebten wir bei den „**Salzburger Nachrichten**“ mit einem Ankündigungsinserat für unsere Tagung in Salzburg zum Thema „EU – Bilanz einer Fehlentwicklung“. Die Vorträge und Diskussionen bei dieser Ganztagsveranstaltung waren trotzdem für alle Teilnehmer sehr interessant und wertvoll.

Trotz der geschilderten „Probleme“ mit den Medien konnten wir durch die Inserate in immerhin drei großen Tageszeitungen die Reichweite unseres Wahlboykott-Aufrufs **verzwanzigfachen!** Allerdings zu einem hohen Preis. Die drei Inserate kosteten zusammen über **ÖS 85.000,-**. Rund ÖS 40.000,- davon wurden von den engsten Mitarbeitern der INITIATIVE HEIMAT & UMWELT privat vorfinanziert.

Wir hoffen sehr, daß es mit Ihren Kostenbeiträgen für diese WEGWARTE möglich sein wird, den entstandenen finanziellen Verlust abzudecken, und sagen im voraus herzlichen Dank dafür! Ansonsten müßten wir die Auflagenhöhe der nächsten WEGWARTEN drastisch reduzieren.

**Hans Peter Martin, der Günstling der „Kronen Zeitung“**

Martin verdankt sein Wahlergebnis praktisch ausschließlich der Gunst der

„Kronen-Zeitung“, die in hunderten Artikeln durch viele Wochen hindurch ganz offen für diese Kandidatur die Werbetrömmel rührte. Und zwar in redaktionellen Artikeln, für die der Begünstigte natürlich nichts zu bezahlen braucht.

Martin war und ist **kein EU-Gegner**. In einem kürzlichen Live-Interview sagte er, daß er „**die EU für unverzichtbar**“ hält.

Für aufmerksame Beobachter war das schon länger klar. In seinem schon vor mehreren Jahren auf den Markt gebrachten „Weltbestseller“ mit dem Titel „Die Globalisierungsfalle“ finden sich keine Hinweise darauf, daß er die EU ablehnt. Ein Erfolgsautor, der auf hunderten Seiten die Globalisierung kritisiert, aber nicht erkennt – oder nicht erkennen will, daß die EU natürlich ein „tragender“ Pfeiler der Globalisierung ist, gab schon damals Anlaß zum Nachdenken über seine wirklichen Ziele.

Martin wurde als EU-Kritiker hingestellt, und zwar in jenem Bereich, der sich am besten „vermarkten“ läßt, beim zweifellos gigantischen Spesenmißbrauch. Den Grund dafür, nämlich die viel zu große, völlig (absichtlich?) **unüberschaubare** Zentralbürokratie und institutionelle Struktur der EU, bekämpft er nicht. Wer aber die URSACHE nicht in Frage stellt, kann auch die WIRKUNG nicht beseitigen.

Als Spitzenkandidat der SPÖ bei der letzten EU-Wahl vor fünf Jahren hat er sich durch diese Partei-Nominierung und seinen damit sicheren EU-Abgeordneten-Status durch fünf Jahre hindurch eine wirkliche Bürger-Kandidatur erspart. Er mußte keine Unterstützungs-Erklärungen mit offenen Unterschriften vor den Gemeindebehörden mit Arbeit, Zeitaufwand und persönlichen Opfern für die Einreichung der Kandidatur beibringen. Statt dieser 2.600 Unterstützungs-Erklärungen nutzte er das krasse und extrem **ungerechte Privileg**, daß die Unterstützung einer Kandidatur durch einen einzigen schon amtierenden Abgeordneten im EU-Parlament die für jeden anderen geforderten mindestens 2.600 gültigen Unterstützungs-Erklärungen „einfacher Bürger“ quer durch die Bundesländer „ersetzt“. Laut Innenministerium (Bundeswahlbehörde) wurde die Kandidatur-Einreichung der Martin-Partei ausschließlich durch seine eigene Unterschrift und damit indirekt durch die SPÖ ermöglicht.

## Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU) ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit über 15 Jahren werden unsere Aktivitäten ausschließlich ehrenamtlich und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter. Seit 1990 (!) liegt der **Schwerpunkt unserer Arbeit** bei der Aufklärung über das Menschen- und Naturverachtende künstliche Gebilde namens Europäische „Union“. Sowohl Jahre vor der EU-Abstimmung 1994 als auch danach ist die IHU eine der aktivsten Organisationen im EU-Widerstand und war auch die Keimzelle und Hauptbetreiberin des **ÜBERPARTEILICHEN VOLKSBEGEHRENS FÜR DIE NEUAUSTRAGUNG DER EU-ABSTIMMUNG** im Dezember 2003; Obfrau Inge Rauscher war Bevollmächtigte des Volksbegehrens. Der notwendige Austritt aus der EU bleibt unser Arbeitsschwerpunkt der nächsten Jahre.

**WIR DANKEN** allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

**BITTE** benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

**Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger:** Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe.

## Wie kann man eine große Reichweite ohne Medien erzielen?

Das wäre ganz einfach! Würde jeder WEGWARTE-Empfänger bei solchen Aktionen jeweils eine zumutbare Anzahl des zur Verteilung angebotenen Flugblatts **auch tatsächlich auf eigene (minimale) Kosten verteilen** bzw. in Kopie anfordern, bräuchte man sich die beschriebenen Probleme und Kosten mit den Zeitungsinserten gar nicht antun. Bei 19.000 Stück Versandauflage wie bei der letzten WEGWARTE würden nur 50 tatsächlich verteilte Flugblätter pro Empfänger bereits eine bundesweite Reichweite von **950.000** Bürgern bedeuten – rund ein Drittel der Auflage der „Kronen-Zeitung“.

Diese von uns seit Jahren immer wieder angebotene und vorbereitete Möglichkeit wurde aber bisher viel zu wenig genutzt; es ist aber der einzige Weg, ehrliche Information in größerem Ausmaß „unter die Leute“ zu bringen und von den Massenmedien und deren Methoden unabhängig zu werden.

**Bitte denken Sie in Hinkunft daran! Nur damit wäre es möglich, das Durchbrechen der Schweigespirale in den Medien auch gemeinsam zu finanzieren!**

## Die EU ist kein Friedensprojekt!

Leserbrief von Stephan Zanzerl, Student aus Salzburg:

Was für die USA derzeit der Irak, ist für die EU die Osterweiterung – mit einem Unterschied, daß sich die Oststaaten „freiwillig“ aufgeben. Die USA müssen sich die Rohstoffe anderswo sichern, nachdem sie im eigenen Land nicht haushalten können (die USA haben den weltweit größten Pro-Kopf-Energieverbrauch). Ebenso braucht die EU neue Märkte, nachdem die eigene Wirtschaft stockt. Auch wenn es provokant klingen mag: früher oder später kommt auch die EU genauso in die Situation wie die USA, Kriege führen zu müssen, um sich Rohstoffe und Märkte zu sichern – natürlich alles unter dem scheinheiligen Deckmantel der „Terrorismusbekämpfung“. Die EU als „Friedensprojekt“ hinzustellen, ist absurd. Die ersten Vorzeichen dafür: die EU-Eingreiftruppe, welche außerhalb der EU-Grenzen zum Einsatz kommen soll, um „Präventivkriege“ zu führen.

## Fortschritt und Rückschritt

1291

„Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr! Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, eher den Tod, als in der Knechtschaft leben! Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen!“

Schwur der Eidgenossen auf dem Rütli, Bergwiese im Kanton Uri 1291

Gründungsstätte der aus Teilen von vier Völkern bestehenden Willensnation der Schweiz („Eidgenossenschaft“).

1174

„Ich, Sobieslaw, Herzog der Böhmen, mache allen Gegenwärtigen und Kommenden kund, daß ich die Deutschen, so unter der Burg von Prag siedeln in meine Gunst und unter meinen Schutz nehme, und ich will, daß diese Deutschen eine besondere, von den Böhmen unterschiedene Nation bleiben sollen, wie sie sich auch in ihren Gesetzen und Bräuchen von diesen unterschieden. Ich ermächtige diese Deutschen, den Gesetzen und der Rechtsordnung der Deutschen zu leben, wie sie dessen sich schon seit den Zeiten meines Großvaters, des Königs Wratislavs, erfreuten. Wer aber diesem Gebot zuwiderhandelt, der sei verflucht in alle Ewigkeit.“

Sobieslaw der II. gegeben auf seiner Burg zu Prag i. J. 1174 nach unseres Heilands und Seligmachers Geburt.

1916

„Es wird nicht lange dauern, wenn man das Jahr 2000 geschrieben haben wird, da wird nicht ein direktes, aber eine Art von Verbot für alles Denken von Amerika ausgehen, ein Gesetz, welches den Zweck haben wird, alles individuelle Denken zu unterdrücken.“

Rudolf Steiner, 4. April 1916

1945

„Die Deutschen des Landes sind vogelfrei! Ihr sollt sie töten, ihr Besitztum gehört Euch, verjagt sie über die Grenzen des Landes! Wer einen Deutschen tötet oder foltert, wer ihn seiner Habe beraubt, begeht eine gute Tat, denn die Deutschen sind unsere Feinde.“

Präsident Dr. Eduard Benes, 1945

Zitiert aus „Der Eckart“ 7/8 2004

## Hiroshima-Gedenkundgebung am 6. August in Wien am Stephansplatz, Beginn 17 Uhr

Am 6. August 1945 zündeten die USA die Atombombe über der japanischen Hafenstadt Hiroshima. 86.000 Sofort-Tote und 61.000 Verwundete waren die unmittelbare, schreckliche Folge. Zigtausende starben in den Jahren und Jahrzehnten danach an den Langzeitfolgen der Atomstrahlen. 1944 zählte Hiroshima etwa 400.000 Einwohner, Ende 1945 nur mehr 137.000...

Drei Tage später, am 9. August 1945, wurde eine zweite japanische Stadt, **Nagasaki**, durch den Abwurf

einer weiteren plutoniumhaltigen Atombombe fast völlig zerstört. 40.000 Menschen starben sofort, 50.000 wurden z.T. schwer verletzt.

Es waren die einzigen Atombombenabwürfe in der Geschichte der Menschheit. Aber uranummantelte Geschosse wurden erst in jüngster Zeit sowohl beim Jugoslawien-Krieg als auch beim Irak-Krieg eingesetzt.

Die Kundgebung mit Musik wird zum Gedenken an die Opfer abgehalten. Beginn um 17 Uhr am Stephansplatz. Ab ca. 20 Uhr Möglichkeit zur Teilnahme an einem **Laternenzug** vom Stephansplatz zum Teich vor der Karlskirche. Laternen sind vor Ort erhältlich. Veranstaltet wird die Kundgebung von der „Wiener Friedensbewegung“, den „Lehrerinnen für Frieden“ und dem „Österreichischen Friedensrat“ unter dem Banner:

**Für eine atomwaffenfreie Welt!**

**INITIATIVE**

# Heimat & Umwelt

**Keine Gentechnik in der Landwirtschaft und in Lebensmitteln!**

## Informationsabend

**in FELDKIRCHEN in Kärnten  
am Donnerstag, 5. August 2004, um 19 Uhr**

im großen Saal des evangelischen Diakoniewerks in Waiern, Gästehaus Phlippus,  
Martin Luther Strasse 13, bei den Krankenanstalten  
(direkt an der Turracher Straße mit großem Parkplatz, ca. 15 Gehminuten vom Stadtzentrum Feldkirchen)

## Es sprechen:

**Richard Leopold TOMASCH, St. Michael,**  
Pressesprecher der Anti-Gentechnik-Plattform PRO LEBEN

**Dipl.Ing. Volker HELLDORFF, Haimburg,**

**Univ.Prof. Dipl.Ing. Dr. Anton MOSER,**  
Biotechnologe an der Uni Graz, „Forum Lebenswerte Zukunft“

**Birgit BIRNSTINGL-GOTTINGER,**  
Sprecherin der ARGE Kreislaufwirtschaft mit Mischkulturen

**Manfred GRÖSSLER, Graz,**  
Praktiker für ganzheitliche Ernährung und Lebensführung

### Diskussionsleitung:

**Inge RAUSCHER, Obfrau der INITIATIVE HEIMAT & UMWELT**

Eintritt: freie Spende • Möglichkeit zum Abendimbiß im Vorraum des Veranstaltungs-Saales

## KÄRNTNER KLAGEN EU:

Information aus erster Hand über die NICHTIGKEITSKLAGE von drei Kärntner Bürgern  
(Karl Raab, Volker Helldorff, Theresia Tomasch) gegen die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter  
Organismen in die Umwelt durch das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Gemeinschaft.

**Wir wollen auch in Zukunft gentechnik-frei essen!**

**Wir wehren uns gegen unnötige Risiken durch Gentechnik in der  
Landwirtschaft und auf unseren Tellern!**

**Gentechnik in der Landwirtschaft bringt langfristig weder den Konsumenten  
noch den Landwirten Vorteile!**

**WEGWARTE** Zulassungsnummer "02Z033544S"

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

14. Jahrgang, Folge 3, Juli 2004

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt

**3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5**

**Tel.: 02242/70 516**

Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien

Österreichische Post AG / Sponso ring Post  
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer